

**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur  
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte  
**Band:** 63 (1983)  
**Heft:** 3

**Rubrik:** Blickpunkte

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Wirtschaftslage und Wählerverhalten

Wie wird sich die Wirtschaftslage auf die Wahlen auswirken? Diese Frage beschäftigt nicht nur Parteistrategen und Kandidaten. Und sie beschränkt sich auch nicht allein auf unser Land. Auch in der Bundesrepublik Deutschland bildet die angespannte Situation der Wirtschaft ein Hauptthema des Wahlkampfes. Der amerikanische Präsident seinerseits verfolgt die fiebrige Konjunkturkurve ebenso gespannt wie sein sozialistischer Kollege in Frankreich oder Frau Thatcher in Grossbritannien.

Was die Schweiz betrifft, so drängt sich ein Vergleich mit 1975 auf, auch wenn einige Unterschiede nicht zu übersehen sind: Mitte der siebziger Jahre wurde die Öffentlichkeit fast über Nacht mit einer massiven Rezession – der Einbruch betrug über 7 Prozent des Bruttosozialproduktes – konfrontiert, so dass von einem eigentlichen Schock gesprochen werden musste. Gegenwärtig wirkt die Rezession nicht mehr schockartig, dafür aber ist sie hartnäckiger. 1975 wurde der Konjunkturrückgang als vorübergehend empfunden, während heute die Frage im Raume steht, ob angesichts der weltweiten Krisenerscheinungen in absehbarer Zeit überhaupt noch mit einem dauerhaften Wiederantrieb zu rechnen sei.

Die Wahlen von 1975 brachten hierzulande die in kritischeren Zeiten übliche Polarisierung zwischen den «Grossen» der Linken und des Bür-

gertums. Freisinn und CVP konnten dabei ihre Wähleranteile leicht anheben, während die Sozialdemokraten einen für schweizerische Verhältnisse massiven Mandatsgewinn erzielten. Dieser Vormarsch kam allerdings weitgehend der Wiederherstellung früherer sozialistischer Positionen gleich und ging nicht zuletzt auf Kosten der Überfremdungsparteien, die 1971 unter anderem auch potentielle Linkswähler auf sich gezogen hatten.

Aus dieser fragmentarischen Analyse der Resultate von 1975 ergibt sich, dass es wohl falsch wäre, allzu weitgehende prognostische Parallelen zum Wahljahr 1983 zu ziehen. Immerhin gilt es festzuhalten, dass sich die grossen bürgerlichen Bundesratsparteien offensichtlich auch in Zeiten angespannter Wirtschaftslage zu behaupten vermögen, sofern es ihnen in ausreichendem Masse gelingt, die in solchen Situationen regelmässig heraufbeschworenen Sündenbock-Theorien über die freie Wirtschaft als das zu entlarven, was sie sind: opportunistische Legendenbildungen von Verfechtern etatistischer Wirtschaftsordnungen, deren Erfolgsausweise bekanntlich seit mehr als hundert Jahren kümmerlich sind.

Dass diese systemkritischen Theorien trotzdem immer wieder verfangen und vielfach nicht leicht zu bekämpfen sind, hat wohl weniger mit ihrem ideologischen Gehalt als vielmehr mit psychologischen Gegebenheiten zu

tun. Was zunächst einmal die in solchen Situationen verschiedentlich manifestierte gesteigerte Attraktivität der Sozialdemokratie betrifft, so hängt dies wohl damit zusammen, dass diese Partei von jeher erklärtermassen eine ausgesprochene Arbeitnehmerpartei war und dass sich daher angesichts wachsender Arbeitsplatzprobleme viele Wähler im Zweifelsfalle bei ihr instinktiv besser aufgehoben fühlen als anderswo. Darüber hinaus wird der Staat, der auch in guten Zeiten allseits immer wieder als Mittler und Ausgleichsfaktor angerufen wird, in Krisenzeiten offenbar in besonderem Masse zur «Vaterfigur». Aufgrund der Ordnungslehre des Neoliberalismus sind ihm ja ohnehin auch im wirtschaftlichen Bereich bestimmte ordnende Funktionen mit relativ weitem Ermessensspielraum zugewiesen, etwa in der Geld- und Währungspolitik, bei der Verhütung von Wettbewerbsmissbräuchen sowie in zahlreichen Sektoren der Infrastrukturen und sonstigen Rahmenbedingungen der Wirtschaft.

Letzten Endes sind Staatstätigkeiten in Krisenzeiten also einerseits Fragen des Masses, andererseits aber – und dies vor allem – auch Fragen der Zielvorgaben. Und hier scheiden sich die Geister. Sozialdemokratische Politiker und weitere Gruppierungen «links von der Mitte» neigten von jeher dazu, wirtschaftliche Unebenheiten durch staatliche Zusatzmassnahmen bis hin zu chronischen «Beschäftigungshaushalten» auffangen zu wollen. Paradebeispiele dieser Art sind etwa das Frankreich Mitterrands und die Bundesrepublik Deutschland, aber auch Österreich.

In unserem westlichen Nachbar-

land glaubte die neue sozialistische Regierung, der Wirtschaft mit einer Aufblähung des Staatshaushalts um nicht weniger als 28 Prozent sowie mit der Verstaatlichung der grössten Industriegruppen und der Banken auf die Beine helfen zu können. Das Ergebnis ist bekannt: Die Lage hat sich weiter massiv verschärft. Der staatliche Wirtschaftssektor mit rund 25 Prozent aller Beschäftigten weist für das Jahr 1982 Verluste von mehr als 17 Milliarden Schweizer Franken aus. In Österreich haben die Staatsbetriebe in den letzten fünf Jahren etwa eine Milliarde Schweizer Franken an Eigenkapital eingebüsst, die Auflösung stiller Reserven sowie massive staatliche Stützungsaktionen nicht eingerechnet.

Besonders frustrierend bietet sich die deutsche Situation an, nachdem die Bundesrepublik im Gefolge des Zweiten Weltkriegs zum Paradebeispiel höchst erfolgreicher liberaler Wirtschaftspolitik geworden war. Seit Mitte der siebziger Jahre wurden unter sozialdemokratischem Diktat mehr als zwei Dutzend staatliche Programme mit über 30 Milliarden DM durchgepeitscht. Durch öffentliche Aufträge und Initiativen sollte dabei das privatwirtschaftliche Investitionsdefizit ausgeglichen und die strukturelle Anpassungskrise übertüncht werden. Der «Erfolg» war so, dass sich die Sozialdemokraten nun veranlasst sehen, im Rahmen des Wahlkampfes ein weiteres Dreijahresprogramm bis 1985 in der Höhe von nicht weniger als 16 Milliarden DM zu lancieren – und dies trotz einer Rekordverschuldung des Staates, die schon jetzt fast unlösbare finanzpolitische Probleme stellt.

Da kann man doch wohl nur sagen:

So geht es nicht. Von Frédéric Bastiat stammt der Satz, dass der Staat eine jener grossen Fiktionen sei, «durch die jeder bestrebt ist, von jedem anderen zu leben». Letzten Endes hängt heute alles davon ab, dass die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft selbst nicht nur erhalten, sondern weiter gesteigert wird. Die Weltwirtschaft krankt nicht an mangelnder Nachfrage, sondern weit eher an überteuerten Angeboten. Neue steuerliche Lasten und weitere dirigistische Einengungen der Wirtschaft sowie staatliche Stützungen zum Zwecke blosser künstlicher Strukturhaltung wären unter diesen Umständen reines Gift. Das Massnahmenpaket des Bundesrates vom Januar dieses Jahres trägt diesen Grund-

sätzen Rechnung. Es beschleunigt lediglich öffentliche Aufträge, die ohnehin programmiert waren, und es versucht punktuell, zur Verbesserung der internationalen Konkurrenzfähigkeit unserer auslandbezogenen Wirtschaftszweige beizutragen – nichts mehr und nichts weniger.

Es bleibt zu hoffen, dass das Schweizervolk in den kommenden Monaten wie bisher realistisch genug bleibt, um nicht auf «Lösungsangebote» dirigistischer Art hereinzufallen. Entscheidend ist und bleibt der innere Zustand unserer Wirtschaft selbst, zu der wir in dieser oder jener Rolle alle gehören und zu deren Substanz und Flexibilität daher auch wir alle beitragen können.

*Richard Reich*

## **Beschäftigungspolitische Schwerpunkte**

Die Schweiz hat im internationalen Vergleich eine nach wie vor gute Beschäftigungslage. Es wäre indessen gewiss unangebracht, bei der Beurteilung der Konjunkturlage, vor allem natürlich der Konjunkturaussichten, dem hohen Beschäftigungsstand ein zu grosses Gewicht beizumessen. Es gibt mannigfache andere Indikatoren, die weniger optimistisch stimmen. Die Unsicherheit ist gross, und die Erwartungen sind mehrheitlich pessimistisch eingefärbt.

In einer solchen Situation gewinnt eine Konjunkturpolitik an Aktualität, die mit geeigneten Instrumenten versucht, zumindest die Talfahrt zu bremsen. Und der Bundesrat hat denn auch vor kurzem durch die Verabschiedung eines Beschäftigungspro-

gramms seine Bereitschaft zum Handeln bekundet. Die diesem Programm zugrundeliegende Strategie ist auf eine «Ankurbelung» der öffentlichen Nachfrage und auf eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Exportindustrie angelegt. Theorie und Erfahrung lehren aber, dass unter den heute vorherrschenden wirtschaftlichen Bedingungen von einem «Demand-management» keynesianischen Zuschnitts nicht allzu viel zu erwarten ist. Der Hauptstoss muss vielmehr *angebotsseitig* geführt werden. Das vom Bundesrat angekündigte *zweite* Konjunkturprogramm wird zeigen, ob die Regierung, und die sie beratenden Chefbeamten, in der Lage sind, die Konsequenzen aus den Enttäuschungen zu ziehen, die andere Länder mit

der alten konjunkturpolitischen Denkweise gemacht haben.

Angebotsorientierte Konjunkturpolitik bedeutet, einfach ausgedrückt, dass alles unternommen werden sollte, um die Bedingungen der unternehmerischen Investitionsentscheide zu verbessern. Sie muss damit auf der Kostenseite der Wirtschaft ansetzen. Und sie muss zum Ziel haben, die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen so zu setzen, dass mehr Produktionslinien wieder rentabel werden. Angesprochen sind in diesem Kontext deshalb einmal die Lohn-, Steuer- und Sozialpolitik. Angesprochen sind weiter öffentliche Investitionen, die die gesamtwirtschaftliche Rentabilität steigern. Und ins Visier zu nehmen ist eine Finanzpolitik, aus der glaub-

haft abgelesen werden kann, dass sie das wirtschaftliche Heil weder in einer Perpetuierung der Defizite sucht, noch diese über Mehreinnahmen abzubauen trachtet. Es besteht eine hinreichende Evidenz dafür, dass ungleichgewichtige Staatshaushalte die unternehmerischen Investitionsentscheide nicht unbedingt positiv beeinflussen.

Angebotsseitige Konjunkturpolitik ist politisch nicht spektakulär, weil sie sich nicht in einen «grossen Wurf» einpacken lässt, sondern vielmehr an *zahlreichen Stellen* der Wirtschaft manifest werden muss. Aber sie bietet wohl die einzige Chance, der taumelnden Beschäftigungssituation mit einiger Aussicht auf Erfolg wirtschaftspolitisch entgegenzutreten.

*Willy Linder*

### «Objektiv» – kein Reizwort, ein Kriterium

Im dritten Anlauf versucht das Parlament, der Verfassung einen Radio- und Fernsehartikel beizufügen, damit nicht nur die SRG, sondern demnächst auch die ihre Programmtätigkeit aufnehmenden Lokal- und Privatsender überhaupt eine gesetzliche Grundlage bekommen. Die Beratungen im Ständerat liessen erkennen, dass die SRG sich einer Vertrauenskrise gegenüber sieht. Nun ist Misstrauen gewiss nicht die beste Motivation für einen Gesetzgeber, und Befürchtungen, es sei da nun der Versuch gemacht worden, missliebige Tendenzen in der Programmgestaltung der Medien durch Leitplanken im Verfassungsartikel etwas einzudämmen, sind allenfalls verständlich. Nur sollte man auch

nicht dramatisieren; denn was da nun vorerst einmal durch den Ständerat als Wortlaut des neuen Verfassungsartikels verabschiedet wurde, ist gar so verfehlt nicht. Man sollte ihm Chancen geben. Zu reden gaben vor allem die Zusätze, im Programm seien die «*Bedürfnisse der Kantone*» zu berücksichtigen, und mehr noch erregte die Gemüter, dass da verlangt wird, Ereignisse und Ansichten seien «*angemessen*» und «*objektiv*» zur Darstellung zu bringen. Was die Bedürfnisse der Kantone betrifft, so werden ja die Lokalsender inskünftig ohne Zweifel die föderalistische Vielfalt der Schweiz besser sichtbar machen, als es die Monopolmedien bis jetzt taten. Die waren, selbst bei bestem

Willen, durch diese Vielfalt einfach überfordert. Weit mehr aber hat die Forderung nach «Objektivität» die Kommentatoren aufgeschreckt. Fast automatisch löste sie bei Radio und Fernsehen selbst Widerspruch aus, und warum das so ist, wäre genauer zu untersuchen. Statt zu erörtern, inwiefern im Hinblick auf journalistische Arbeit sinnvollerweise von Objektivität bzw. von deren Fehlen gesprochen werden kann und inwiefern sinnvollerweise weder vom einen noch vom andern, wurde gleich grobes Geschütz aufgeföhren: hier seien Gegner der Pressefreiheit am Werk gewesen, hier werde vom Journalisten verlangt, was keiner zu leisten vermöge, es sei denn, er verzichte zum vornherein darauf, heisse Eisen anzufassen und Kritik zu üben. Fortan sei ihm, da er ja «objektiv» sein müsse, die Vertretung der «Gegenposition» glatt verunmöglicht, was auf eine Knebelung hinauslaufe, und was dergleichen bewegende Klagen mehr waren.

«Objektiv» scheint ein Reizwort zu sein. Es löst, sobald es nur genannt wird, ein wahres Sperr- und Trommelfeuer aus, und wirkungslos kann man diese nun schon seit Jahren zu beobachtende Übung, der Öffentlichkeit einzuhämmern, wer vom Journalisten «Objektivität» verlange, verlange Ungeheuerliches, schon lange nicht mehr nennen. Die wiederholte Behauptung, eine «objektive» Berichterstattung gebe es nicht, verhindert – weil sie natürlich stimmt – die ruhige Diskussion des Problems und mehr noch die Auseinandersetzung mit den mutmasslichen Gründen jener Vertrauenskrise den Medien gegenüber, die beileibe nicht einfach damit zu erklären

ist, dass da ein paar autoritäre und reaktionäre Mächte das freie Wort unterdrücken möchten.

Entscheidend nämlich für die Vertrauenswürdigkeit und das Prestige publizistischer Arbeit ist eben doch, dass ihr «Objektivität» als ideales Ziel, jedenfalls als äusserst mögliche Fairness vorschwebt. Ein Journalist und Kommentator, der sich an diesem Ziel orientiert, verschafft sich auch bei demjenigen Achtung und Vertrauen, der seine Ansichten nicht teilt. Und eben darauf sollten die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten mehr achten, als sie das bisher getan haben. Die Vertrauenskrise, der sie ausgesetzt sind, hat ihren Grund weniger in einzelnen Pannen, die nie völlig zu vermeiden sind, als im Verdacht und allmählich gar in der Gewissheit, dass ausgerechnet bei Radio und Fernsehen (nicht etwa in irgend einem Alternativblatt) eine ganz andere Doktrin und eine ganz andere Berufsauffassung nicht etwa zufällig unterlaufen, sondern dreist vertreten werden. Da kann sich dann Radiodirektor Andreas Blum lange in einem Gespräch mit Redaktoren der «Weltwoche» gegen die «infame Unterstellung» ereifern, Manipulation sei das Ziel der Programmarbeit, für die er letztlich verantwortlich ist. Er kann jedenfalls nicht leugnen, dass man diese Programmarbeit in vielen Fällen als «nicht objektiv» bezeichnen müsste, und es gibt von ihm durch den Druck bekanntgemachte Äusserungen, die belegen, dass er das auch gar nicht leugnen möchte. Er ironisiert die «Objektivität» als Orientierungspunkt, wo er nur kann, er verspottet sie als «Wahrheit der Mehrheit» und nennt ihr Produkt jene «leisetretische, ver-

*waschene Information, die für gut erklärt, was keine Wellen des Widerspruchs wirft, und für suspekt, was vordergründige Harmonien in Frage stellt.»* Da hat man ja das Vokabular und die Kanonade im voraus geliefert, die untergebenen Mitarbeiter können sich frei Haus bedienen.

Was da propagiert wird, ist eine der Qualität und dem Ansehen journalistischer Arbeit abträgliche Lehre. Information ist eine Aufgabe, die den Informanten eigentlich zwingen müsste, sich ausserhalb der sich bekämpfenden Gruppen, ausserhalb auch der politischen Parteien aufzuhalten, nicht in der Meinung, er habe sich jeder Stellungnahme zu entziehen, sondern darum, weil er von einem Standpunkt ausserhalb besser sehen kann, was die einen und was die andern vertreten, wo die besseren Argumente (seiner Ansicht nach!) sind, wo die schwächeren. Weder in der Geschichtsschreibung noch in der Berichterstattung und Kommentierung aktueller Ereignisse wird der Standpunkt dessen, der da schreibt und kommentiert, jemals unsichtbar bleiben, und das wäre auch gar nicht wünschbar. Für die Vertrauenswürdigkeit und für die informative Wirkung seiner Arbeit aber ist entscheidend,

dass er eben gerade auch dem gerecht zu werden versucht, der seiner Meinung widerspricht. Der Journalist und Publizist, der zum Beispiel die Anliegen der Minderheiten und der Oppositionellen, der Verweigerer und der Bewegten darstellen will, erzeugt zum vornherein falsche Bilder, wenn er *«anwaltschaftlichen Journalismus»* betreibt, also die Anliegen dieser Minderheiten so darstellt, als seien es seine eigenen. Wenn er keine Distanz dazu hat, wird er nicht klar genug sehen. Dies aber ist seine Pflicht: dass er auch hinterfragt, was ihm möglicherweise sympathisch ist.

Der Wortlaut des Verfassungsartikels für Radio und Fernsehen, wie ihn der Ständerat festgelegt hat, wird sicher noch zu reden geben. Ich möchte hoffen, die Forderung nach *«objektiver»* Darstellung der Ereignisse und Ansichten werde dann nicht einfach verteufelt, sondern im Interesse der Sache gründlich erwogen. Die Qualität der Information ist zweifellos besser, wenn ihr nachgelebt wird, und das hat überhaupt nichts mit Leisetreterei zu tun oder mit Farblosigkeit, wohl aber mit Fairness, mit abwägender Distanz und vor allem mit Sachkunde.

*Anton Krättli*

## **Kriegsdonner und Friedensgeschrei**

In Madrid führt das Folgetreffen des KSZE die Signatäre des Abkommens, das in Helsinki unterzeichnet wurde, wieder zusammen. Da gewinnt die Nachricht eine besondere Bedeutung, dass die sowjetische Gesellschaft der

Psychiater aus dem Weltverband vor dem in Wien anberaumten Weltkongress ausgetreten ist.

Dieser Beschluss, der nur auf Regierungsebene gefasst werden konnte, sollte der Demütigung einer Suspen-

dierung oder gar des namentlich von der britischen Vereinigung des Royal College gewünschten Ausschlusses zuvorkommen, entspricht aber gleichzeitig der Verminderung der Kontakte auf wissenschaftlicher Ebene zwischen der Sowjetunion und der Aussenwelt, der Einschränkung der Telefonverbindungen.

Bisher hat es in Moskau noch einige Rücksicht auf die Weltmeinung gegeben. Westliche Psychiater durften strafpsychiatrische Kliniken besuchen und mit für geisteskrank erklärten Oppositionellen sprechen. Es hat einigen von ihnen, wie dem Mathematiker Plutsch und General Grigorenko, zur Ausreise verholfen. Selbst Frankreichs Kommunistische Partei hatte sich den Protesten angeschlossen.

Doch sind in den letzten Jahren die harten Verurteilungen von Mitgliedern der Helsinki-Komitees und auch von Historikern wie Roginski, die «unerlaubte Archivstudien» betrieben, häufiger, die westlichen Gesuche um Begnadigung wirkungslos geworden. In seiner vorhergehenden Funktion hat Iuri Andropow die Zerschlagung der gesamten Dissidentenbewegung gemeldet, und er durfte es tun, denn die Repression ist unter seiner Führung zielsicherer und konsequenter geworden, die Rücksicht auf die Meinung der Aussenwelt minimal. Noch heute wartet Sacharow in Gorki auf eine rechtliche Begründung seiner Verbannung. Immerhin hat sich die Akademie der Wissenschaften dem Wunsch der Obrigkeit, den Physiker auszuschliessen, nicht gefügt. Der Umstand, dass ein so grosser Teil der Protestierenden, die man Dissidenten nennt, Wissenschaftler sind, ist bemerkenswert. Denn die

Ideologie, zu der sich das Sowjetregime bekennt, nimmt den Charakter der Wissenschaftlichkeit in Anspruch.

Woher diese geringeren Möglichkeiten westlichen Einflusses? Die sowjetische Führung gibt zahlreiche wirtschaftliche Mängel und Schwächen zu, ohne Reformen in Angriff zu nehmen, die über Ermahnungen und Strafen hinausgehen. Gleichzeitig aber ist das Bewusstsein der eigenen Stärke gewachsen.

Es ist nicht nur der Einfluss pazifistischer Strömungen und Bewegungen von bundesdeutschen Demonstranten bis zu amerikanischen Kirchenfürsten, den Andropow und seine Kollegen als ihren Vorteil buchen. Die Schwierigkeit für Amerikaner und ihre europäischen Verbündeten, ihre Verteidigung zu stärken, hat noch andere Gründe.

Der amerikanische Kongress sieht die Forderung nach einer verstärkten Rüstung als den Ausdruck einer «lobby», einer Interessengruppe unter anderen und nicht als eine Notwendigkeit, die im internationalen Kräfteverhältnis zu sehen ist. Es wird davon ausgegangen, dass die Sowjetführung keine wirklichen Interessen und Möglichkeiten hat, ihre grössere militärische Macht in die Waagschale zu werfen, weil auch sie ganz andere Sorgen habe als eine Expansion. Dass aber die Zeit der Entspannung und der geminderten amerikanischen Verteidigung zugleich die Zeit der höchsten sowjetischen Rüstungsanstrengungen gewesen ist und Jimmy Carters einseitige Vorleistungen in Moskau nicht zu den erhofften Gegenleistungen führten, beweist, dass die Sowjetführung eine andere Vorstellung von ihren Interessen hat als jene west-

lichen Kommentatoren, die besser wissen wollen, was die Rationalität jenes Regimes ist.

In der Bundesrepublik hat die Vermehrung der sowjetischen auf europäische Städte gerichteten SS-20-Raketen mit je drei atomaren Geschossen nicht jene «Angst» ausgelöst, die seither im Titel so vieler deutscher Bücher vorkommt und die sich ausschliesslich auf den einst von Bundeskanzler Helmut Schmidt geforderten amerikanischen Gegenzug konzentriert.

In einem veröffentlichten «Bergedorfer Gespräch» hat ein Bundesrichter unwidersprochen erklärt, es gehe den Pazifisten, mit denen er sich identifizierte, darum, Ronald Reagan zu beeinflussen. Verbal wird die «Eingängigkeit» des Pazifismus abgestritten, praktisch ist sie eine Evidenz. Auch die Verfolgung und Internierung von Pazifisten im Osten bei gleichzeitiger Ermutigung der Bewegung im Westen führt zu keinem Überdenken, so wenig wie die Berichte von grausamer

Kriegsführung – auch mit chemischen Waffen – in Afghanistan.

Das krisengeschüttelte Westeuropa ist, verglichen mit anderen Regionen der Welt – Irak, Iran, Libanon, Nigieren, San Salvador usw. – eine Insel des Friedens und des Wohlstands. Die Sicherheit, die die Voraussetzung dieses Vorteils war, ist durch die Veränderung des Kräfteverhältnisses erschüttert. Die Abkoppelung Westeuropas von den USA, die vielen als Friedenschance gilt, ist das Gegenteil davon. In der Zeit des virulenten französischen Antiamerikanismus, also in den fünfziger Jahren, soll ein Franzose gesagt haben: «Diese Amerikaner sind unerträglich – und wenn man sie braucht, sind sie nicht da.»

Wenn Goethe, den man auch 1983 noch lesen darf, im Prolog zu «Pandora» warnte, «Der Weltkreis ruht, von Ungeheuern trüchtig», so würden die Pazifisten zustimmen, weniger jedoch einer vorhergehenden Zeile, die lautet: «Den Frieden kann das Wollen nicht bereiten.»

*François Bondy*

---

**Jede Sache  
vernünftig versichert:**  
*winterthur*  
*versicherungen*